

Rechtsextremismus

Wie Neonazis für den Krieg in der Ukraine rekrutieren

Seite 3/3: Polizei in Deutschland warnt Rechtsextremene vor Ausreise

ARTIKEL HÖREN

Semenjaka spielte für die ukrainischen Rechtsextremen in den vergangenen Jahren eine wichtige Rolle. Sie arbeitete als internationale Sekretärin des Nationalen Korps, einer aus dem Asow-Regiment hervorgegangenen Partei. Es gibt Fotos, auf denen sie den Hitlergruß zeigt, auf anderen posiert sie mit Hakenkreuz oder dem Nazisymbol der Schwarzen Sonne. Ihre Mission sei es, aus der Asow-Bewegung eine Koalition rechtsextremer Gruppen in der westlichen Welt zu formen, um die Herrschaft in Europa zu übernehmen, sagte Semenjaka 2019 dem *Time*-Magazin. Seit Jahren reiste sie zu Rechtsextremisten im europäischen Ausland – nach Recherchen der ZEIT achtmal auch zu Veranstaltungen in Deutschland: auf Einladung der Partei Die Rechte und des NPD-Nachwuchses Junge Nationalisten oder 2018 als Rednerin auf einem Festival der Neonazis vom Dritten Weg.

Die Kleinstpartei hält seit Jahren Kontakt zur Asow-Bewegung, eine deutsche Delegation besuchte mehrfach die Ukraine. Kurz vor dem russischen Angriff vor wenigen Tagen gratulierte der Dritte Weg der nationalen Bewegung im Land noch zu ihrem "berühmten Asow-Bataillon" als "eigenen bewaffneten Arm". Am vergangenen Wochenende sendete die Partei einen Livestream zum Ukraine-Krieg. Einer der Gäste der Sondersendung: der Rechtsextremist Baldur Landogart, der bürgerlich Tobias Schulz heißt, früher im NPD-Bundesvorstand aktiv war und selbst wiederholt in die Ukraine gereist ist.

Das Landeskriminalamt Sachsen führte nach Informationen von ZEIT ONLINE am Mittwoch eine sogenannte Gefährderansprache bei Landogart durch, um ihn vor einer Ausreise ins Kriegsgebiet zu warnen. Auch die Staatsanwaltschaft ermittelt, es geht um den Verdacht, er habe Personal für einen "fremden Wehrdienst" angeworben.

Tatsächlich hatte auch Landogart noch vor ein paar Tagen auf Telegram verkündet, dass er "an den Kämpfen teilnehmen" wolle. Auf seinem

öffentlichen Social-Media-Kanal verbreitete er Informationen für Freiwillige, die ins Kriegsgebiet reisen wollen – darunter einen angeblichen Sammelpunkt in der westukrainischen Stadt Lwiw. An der Adresse befindet sich tatsächlich die örtliche Parteizentrale der rechtsextremen Asow-Partei Nationales Korps. Asow-Ansprechpartner bestätigten ZEIT ONLINE diese Adresse während der verdeckten Recherche. Auf Nachfrage von ZEIT ONLINE behauptete Landogart, er organisiere "humanitäre Hilfe für Frauen und Kinder" im Land. Ob er auch selbst in den Kampf ziehen würde, ließ er offen.

Als Deutscher an den bewaffneten Kämpfen in der Ukraine teilzunehmen, ist nach Auskunft des Bundesjustizministeriums nicht grundsätzlich strafbar. Ausländer könnten sowohl aufseiten Russlands als auch der Ukraine legal kämpfen, wenn sie sich einer staatlichen Armee anschließen würden, als Soldaten erkennbar seien, ihre Waffen offen trügen und das humanitäre Völkerrecht achten würden.

"Große Gefahr für die innere Sicherheit"

Allerdings machen sich Freiwillige aus dem Ausland strafbar, wenn sie sich an Kriegsverbrechen beteiligen. Im Falle des Asow-Regiments ist zudem unklar, ob es den Status als offizieller Kombattant besitzt. Dieses Freiwilligenkorps ist nicht Teil der ukrainischen Streitkräfte, sondern untersteht dem Innenministerium in Kiew.

Auch wenn bislang nur einzelne deutsche Neonazis in die Ukraine ausgereist sind, gilt dies als Sicherheitsrisiko für Deutschland. "Im Waffeneinsatz gewonnene Erfahrung stellt eine große Gefahr für die innere Sicherheit dar", warnte die Bundestagsabgeordnete der Linken, Martina Renner, auf Twitter. Sollten die rechtsextremen Freiwilligen mit militärischen Kampferfahrungen aus der Ukraine zurückkehren, erhöhe sich ihre Fähigkeit, "Anschläge in Deutschland zu planen und erfolgreich auszuüben", fürchtet auch Alexander Ritzmann vom Thinktank Counter Extremism Project (CEP). Der Rechtsextremismus-Experte verlangt, dass Sicherheitsbehörden eine "umfassende Monitoring-Strategie" entwickeln, um die Aktivitäten der deutschen Fremdenlegionäre in der Ukraine zu überwachen. Rechtsverstöße, wie die Teilnahme an Kriegsverbrechen, müssten dokumentiert werden.